Stadtverwaltung Lahnstein

Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: **BV 22/4153**

Fachbereich	Datum
Fachbereich 2 - Finanzen	19.05.2022

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	02.06.2022	Ö
Stadtrat	09.06.2022	Ö

Prüfung der Jahresabschlüsse 2018 und 2019

Sachverhalt:

Für die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 muss nach den Regeln der kommunalen Doppik eine ordnungsgemäße Prüfung sowie eine Feststellung durch den Rat erfolgen. Die hierzu erforderlichen Vorarbeiten für das Haushaltsjahr 2018 sind weitestgehend abgeschlossen, so dass nunmehr das Verfahren eingeleitet werden kann.

Die Prüfung und Feststellung eines doppischen Jahresabschlusses erfolgt in folgenden Schritten:

- Der Jahresabschluss wird nach den Vorgaben des § 108 der Gemeindeordnung (GemO) durch den Fachbereich Finanzen erstellt.
- Nach § 110 Abs. 3 GemO wird der Jahresabschluss anschließend dem Rechnungsprüfungsamt, bei der Stadt Lahnstein der Stabsstelle Rechnungsprüfung, zugeleitet. Dieses prüft und fasst die Ergebnisse seiner Prüfung in einem Prüfungsbericht zusammen (§ 113 Abs. 1 S. 1 GemO).
- Der Jahresabschluss wird weiterhin entsprechend den Vorschriften der §§ 110 Abs. 1 und Abs. 2 GemO durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft. Auch dieser fasst die Ergebnisse seiner Prüfungen in einem Bericht zusammen (§ 113 Abs. 1 GemO).
- Letztlich entscheidet der Stadtrat nach § 114 Abs. 1 GemO über die Feststellung des Jahresabschlusses. Diesem Beschluss schließt sich ein weiterer Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten an.

Aufgrund personeller Umstrukturierungen ist die Stelle der Leitung der Stabsstelle Rechnungsprüfung derzeit vakant. Die bisherige Leitung der Stabsstelle wechselte in den Fachbereich 1 und übernahm dort die Funktion des büroleitenden Beamten. Eine Nachbesetzung der Stelle wird erst in der zweiten Jahreshälfte erfolgen können. Zusätzlich ist einem Stellennachfolger eine angemessene Einarbeitungszeit zuzubilligen, so dass eine kurzfristige Prüfung der anstehenden Jahresabschlüsse nicht möglich sein wird. Diese wird jedoch aufgrund des hohen Erkenntnisgewinns für die künftige Haushaltsplanung zu Recht auch in den aufsichtsbehördlichen Genehmigungen angemahnt.

Nach § 112 Abs. 5 GemO kann sich die Stabsstelle Rechnungsprüfung externer sachverständiger Dritter bedienen, die Prüfungsaufgaben ganz oder teilweise übernehmen können. Hier liegt eine große Chance, die beiden Jahresabschlüsse 2018 und 2019 zeitnah zu erstellen, zu prüfen und festzustellen und somit belastbarere Grundlagen für die künftigen Planaufstellungen zu erhalten.

Daher wurden drei Angebote zur Erstellung der Jahresprüfungen 2018 und 2019 bei qualifizierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften angefordert, die folgende Ergebnisse erbrachten:

Nr.	Anbieter	Angebotspreis (brutto)
1	Dornbach GmbH, Koblenz	36.325,94 €
2	Mittelrheinische Treuhand GmbH, Koblenz	
3	RSM GmbH, Koblenz	Kein Angebot

Diese Angebote sind keine Festpreisangebote, da der Auftragsumfang vom tatsächlichen Aufwand abhängig ist. Insoweit kann es eventuell zu Mehrberechnungen kommen.

Die mindestfordernde Firma Dornbach GmbH ist als zuverlässig und leistungsfähig bekannt. Unter anderem hat sie Prüfungen im Bereich des Eigenbetriebs WBL für die Stadt Lahnstein vorgenommen.

Bei Erstellung des Haushalts 2022 war die Notwendigkeit einer externen Prüfungsbeauftragung noch nicht abzusehen, so dass im Haushalt keine Aufwendungen für externe Sachverständige vorgesehen sind. Die Mittel müssen daher außerplanmäßig bereitgestellt werden.

Nach § 100 Abs. 1 GemO sind außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen nur zulässig, wenn ein dringendes Bedürfnis besteht und die Deckung gewährleistet ist, oder wenn sie unabweisbar sind und kein erheblicher Jahresfehlbetrag entsteht, oder ein bereits ausgewiesener Fehlbetrag sich nur unerheblich erhöht. Sind die überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen nach Umfang oder Bedeutung erheblich, bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Gemeinderats.

Die Prüfung der Jahresabschlüsse ist gesetzlich verbindlich vorgeschrieben und daher unabweisbar. In Anbetracht des Haushaltsvolumens ist die Höhe des Fehlbetrages noch nicht als wesentlich zu betrachten.

Die Voraussetzungen zur Bewilligung einer außerplanmäßigen Aufwendung liegen somit vor.

Finanzierung:

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von voraussichtlich 36.325,94 € insgesamt werden als außerplanmäßige Aufwendung nach § 100 GemO genehmigt. Ein wesentlicher Fehlbetrag entsteht hierdurch nicht

Auswirkungen Umweltschutz:

Auswirkungen auf den Umweltschutz sind nicht zu erwarten.

Beschlussvorschlag:

Die Prüfung der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 wird extern an die Dornbach GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Angebotspreis in Höhe von 36.325,94 € vergeben. Gleichzeitig wird der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in gleicher Höhe zugestimmt.

(Lennart Siefert)
Oberbürgermeister